



**Geschäftsführung
Finanzausschuss**

Frau van Husen-Arandela

Telefon: (0221) 22125024

Fax: (0221) 22123902

E-Mail: Gabriele.vanHusen-
Arandela@Stadt-Koeln.de

Datum: 01.10.2013

Niederschrift

über die **Sondersitzung des Finanzausschusses (Hpl.-Sitzung)** in der Wahlperiode 2009/2014 am Freitag, dem 12.04.2013, 10:00 Uhr bis 14:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitzender

Herr Martin Börschel SPD

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Götz Bacher SPD

Frau Polina Frebel SPD als Vertreterin für
Ratsmitglied Böllinger

Herr Peter Kron SPD

Frau Anna-Maria Henk-Hollstein CDU

Herr Karl-Jürgen Klipper CDU

Herr Jürgen Koch CDU als Vertreter für
Ratsmitglied Strahl

Herr Karsten Möring CDU

Herr Jörg Frank GRÜNE

Frau Kirsten Reinhardt GRÜNE

Herr Andreas Wolter GRÜNE

Herr Ulrich Breite FDP

Herr Jörg Uckermann pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Herr Claus Ludwig DIE LINKE.

Herr Klaus Hoffmann Freie Wähler Köln

Verwaltung

Frau Stadtkämmerin Gabriele C. Klug

Herr Stadtdirektor Guido Kahlen

Frau Beigeordnete Berg

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Frau Beigeordnete Henriette Reker

Herr Beigeordneter Franz-Josef Höing

Herr Beigeordneter Prof. Georg Quander

Herr Hans-Jochen Hemsing

als Vertreter des
Rechnungsprüfungsamtes

Schriftführerin

Frau Gabriele van Husen-Arandela

Vertreter verschiedener Ämter

Presse

Zuschauer

I. Der Finanzausschuss stimmt zu, dass die Tagesordnung um folgende Punkte erweitert wird:

1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014

1.3 Einwendung von Herrn Dr. Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1033/2013

1.4 Einwendung von Herrn Wortmann gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1107/2013

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

6.1 Hpl.-Entwurf 2013/2014
Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
1112/2013

- 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung in der Sitzung des Finanzausschusses am 12.04.2013
AN/0461/2013
- 6.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betr. Vorlage 1112/2013 (TOP 6.1)
- Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung Hpl 2013/2014
AN/0488/2013
- 6.1.3 Stellungnahme zum Prüfungsauftrag des Rates vom 20.09.2012 gemäß des Antrages der CDU-Fraktion "Weitere Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung"
0937/2013
- 6.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betr. Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Sitzung des Sportausschusses am 09.04.2013
AN/0416/2013
- 6.2 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013
- 7 Bürgerhaushalt 2013/2014 - Umsetzung der Vorschläge**
- 7.2 Bürgerhaushalt 2013 - Umsetzung der Bürgervorschläge
1064/2013
- 9 Stellenpläne**
- 9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014
0910/2013
- 9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014
0561/2013

- II. Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass folgende, bisher noch nicht auf der Tagesordnung vermerkte Drucksachen in der heutigen Sitzung behandelt werden:

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj. 2013/2014

- 8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 8 betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014 AN/0998/2013
- 8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 8 betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014 hier Kulturförderabgabe AN/0999/2013
- 8.1.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2013/14 AN/0486/2013
- 8.1.6 Weitere Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Hpl.-Beratungen und Freigabeverfahren

9 Stellenpläne

- 9.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014 AN/0491/2013

- III. Auf Vorschlag des Ausschussvorsitzenden soll die ausführliche Diskussion über den Tagesordnungspunkt

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj. 2013/2014

nicht wie in der Tagesordnung vorgesehen, sondern bereits zu Beginn der Sitzung vorgenommen werden.

Der Finanzausschuss ist mit diesem Verfahrensvorschlag einverstanden.

Anmerkung: Die Protokollierung erfolgt in der Reihenfolge der Tagesordnung.

- IV. Der Finanzausschuss legt die Tagesordnung wie folgt fest:

I. Öffentlicher Teil

1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014

- 1.1 Einwendungen von Frau Nicolaysen, Herrn Klein und Herrn Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1020/2013
- 1.2 Einwendung von Herrn Hagenbruch gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1098/2013
- 1.3 Einwendung von Herrn Dr. Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1033/2013
- 1.4 Einwendung von Herrn Wortmann gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1107/2013

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 2.1 Anfrage der Fraktion Die Linke betr. Mehreinnahmen durch zeitnahe Rechnungsstellung durch die Feuerwehr
AN/0394/2013
- 2.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates bezgl. Mehreinnahmen durch zeitnahe Rechnungsstellung durch die Feuerwehr
1166/2013

3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

- 4.1 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Baulückenprogramm erhalten"
AN/1775/2012
- 4.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2011 betr. Führung der Linien 106, 132 und 133 nach Teilinbetriebnahmen der Nord-Süd-Stadtbahn
AN/2056/2011

- 4.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. "Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 "Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)" in der Fassung des Beschlusses des Rates aus seiner Sitzung am 19.03.2013 – TOP 16.1 AN/0289/2013

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

- 5.1 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen
3132/2011

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

- 6.1 Hpl.-Entwurf 2013/2014
Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
1112/2013
- 6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung in der Sitzung des Finanzausschusses am 12.04.2013
AN/0461/2013
- 6.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betr. Vorlage 1112/2013 (TOP 6.1)
Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung Hpl 2013/2014
AN/0488/2013
- 6.1.3 Stellungnahme zum Prüfungsauftrag des Rates vom 20.09.2012 gemäß des Antrages der CDU-Fraktion "Weitere Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung"
0937/2013
- 6.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betr. Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Sitzung des Sportausschusses am 09.04.2013
AN/0416/2013
- 6.2 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln
1305/2013

7 Bürgerhaushalt 2013/2014 - Umsetzung der Vorschläge

- 7.1 Bürgerhaushalt 2013 - Voten der Bürger zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung
1072/2013
- 7.2 Bürgerhaushalt 2013 - Umsetzung der Bürgervorschläge
1064/2013

8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj. 2013/2014 0984/2013

- 8.1.1 Überprüfung der städt. Mitgliedschaften
1299/2013
- 8.1.2 Änderungsantrag der Freien Wähler Köln betr. Änderungsantrag zum TOP 8
AN/0480/2013
- 8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014
AN/0998/2013
- 8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2013/2014
hier Kulturförderabgabe
AN/0999/2013
- 8.1.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2013/14
AN/0486/2013
- 8.1.6 Weitere Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Hpl.-Beratungen und Freigabeverfahren

9 Stellenpläne

- 9.1 Stellenplan für die Jahre 2013/2014
0884/2013
- 9.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014
AN/0491/2013
- 9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2013/2014
0537/2013

- 9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre 2013/2014
0539/2013
 - 9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt
Köln für die Jahre 2013 und 2014
0910/2013
 - 9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäude-
wirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014
0561/2013
- 10 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Einwendungen gegen den Entwurf der Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014

1.1 Einwendungen von Frau Nicolaysen, Herrn Klein und Herrn Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1020/2013

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Einwendungen von Frau Gisela Nicolaysen, Herrn Martin Klein und Herrn Herbert Polls gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.2 Einwendung von Herrn Hagenbruch gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1098/2013

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Detlef Hagenbruch zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

1.3 Einwendung von Herrn Dr. Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 1033/2013

Ratsmitglied Klipper beantragt, über die beiden Vorschläge in der Einwendung:

1. Die Planungen für ein Museum auf dem Rathausplatz werden sofort eingestellt und davon unabhängig die archäologische Zone realisiert. Über das Museum wird nach erfolgter Haushaltskonsolidierung befunden (2022).
2. Der Bau des neuen Stadtarchivs wird zurückgestellt, bis absehbar ist, wann ein erheblicher Teil der Dokumente wieder restauriert ist, so dass Bedarf für ihre Lagerung besteht.

getrennt abzustimmen.

Beschluss zu Vorschlag Ziffer 1:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Werner Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und pro Köln mehrheitlich zugestimmt.

Beschluss zu Vorschlag Ziffer 2:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Werner Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln einstimmig zugestimmt.

Der Ausschussvorsitzende lässt über die Verwaltungsvorlage abstimmen.

Gesamtabstimmung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Dr. Werner Peters gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014 zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktionen von CDU und pro Köln einstimmig zugestimmt.

**1.4 Einwendung von Herrn Wortmann gegen den Entwurf der Haushaltssatzung 2013/2014
1107/2013**

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Einwendung von Herrn Walter Wortmann zur Kenntnis und beschließt, sie zurückzuweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

2 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**2.1 Mehreinnahmen durch zeitnahe Rechnungsstellung durch die Feuerwehr
AN/0394/2013**

**2.1.1 Beantwortung der Anfrage der Fraktion DIE LINKE gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates bezgl. Mehreinnahmen durch zeitnahe Rechnungsstellung durch die Feuerwehr
1166/2013**

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Beantwortung zur Kenntnis.

3 Neue Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4 In die Hpl.-Beratung verwiesene Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

**4.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE betreffend "Baulückenprogramm erhalten"
AN/1775/2012**

Ratsmitglied Frank weist daraufhin, dass dieser Antrag noch aus den Beratungen des Haushalts 2012 stammt. Die Verwaltung habe dazu Stellung genommen und die Vorlage eines Konzeptes für eine reduzierte Fortführung des

Programms angekündigt. Da ihm dieses Konzept bislang nicht bekannt sei, bitte er zunächst um eine Antwort der Verwaltung.

Der Ausschussvorsitzende merkt an, dass über den auf der Tagesordnung befindlichen Antrag abgestimmt werden müsse.

Beschluss:

Das bestehende Baulückenprogramm wird fortgeführt. Die bisherige Anzahl von drei Mitarbeitern bleibt erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der FDP-Fraktion und bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

4.2 Antrag der FDP-Fraktion vom 16.11.2011 betr. Führung der Linien 106, 132 und 133 nach Teilinbetriebnahmen der Nord-Süd-Stadtbahn AN/2056/2011

Der Ausschussvorsitzende macht deutlich, dass die Punkte 4.2, 4.3 und 5.1 im Kontext gesehen werden müssen. Da die Verwaltung eine Beantwortung von Fragen einzelner Ratsmitglieder und eine Ergänzung der Beschlussvorlage zur Nord-Süd-Stadtbahn angekündigt habe, regt er an, diese Vorlage nebst den Anträgen in die Sitzung des Rates am 30.04.2013 zu verweisen.

Beschluss:

Der Antrag wird in die Sitzung des Rates am 30.04.2013 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln einstimmig zugestimmt.

4.3 Änderungsantrag der FDP-Fraktion betr. "Kommunalaufsichtliche Beanstandung/Ratsbeschluss 14.09.2010 "Verzicht auf die Erhebung von Straßenbaubeiträgen (Südlicher Abschnitt Severinstraße)" in der Fassung des Beschlusses des Rates aus seiner Sitzung am 19.03.2013 – TOP 16.1 AN/0289/2013

Beschluss:

Der Antrag wird in die Sitzung des Rates am 30.04.2013 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln einstimmig zugestimmt.

5 In die Hpl.-Beratung verwiesene Beschlussvorlagen

5.1 Vorzeitige Teilinbetriebnahme der Nord-Süd-Stadtbahn zwischen Severinstraße und Rodenkirchen 3132/2011

Beschluss:

Die Beschlussvorlage wird in die Sitzung des Rates am 30.04.2013 verwiesen.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln einstimmig zugestimmt.

6 Weitere Beschlussvorlagen der Verwaltung

6.1 Hpl.-Entwurf 2013/2014 Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung 1112/2013

6.1.1 Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung in der Sitzung des Finanzausschusses am 12.04.2013 AN/0461/2013

6.1.2 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betr. Vorlage 1112/2013 (TOP 6.1) - Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung Hpl 2013/2014 AN/0488/2013

6.1.3 Stellungnahme zum Prüfungsauftrag des Rates vom 20.09.2012 gemäß des Antrages der CDU-Fraktion "Weitere Konsolidierungsmaßnahmen innerhalb der Verwaltung" 0937/2013

6.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen betr. Antrag der FDP-Fraktion auf Durchführung einer aktuellen Stunde in der Sitzung des Sportausschusses am 09.04.2013 AN/0416/2013

Der Ausschussvorsitzende merkt an, dass sich dieser Beschlussvorschlag auf den ursprünglichen Haushaltsplanentwurf der Verwaltung bezieht und deren Konsolidierungsvorschläge hierzu enthalten.
Darüber hinaus lägen hierzu weitere Änderungsanträge vor.
Vor der weiteren Aussprache erteilt er der Verwaltung das Wort.

Bezüglich des Antrages zu 6.1.4 teilt Frau Beigeordnete Dr. Klein mit, dass der Sportausschuss die Angelegenheit in den Finanzausschuss verwiesen habe, damit die Finanzierungsfrage in den Hpl-Beratungen erörtert werden könne.
Ziel sei es, eine Beschlussfassung im Rat zu erreichen. Parallel hierzu würden die bereits laufenden Gespräche zwischen der KölnBäder GmbH, dem Ortsverband Kölner Schwimmvereine und der Sportverwaltung lösungsorientiert fortgesetzt. Heute Morgen habe ein weiteres Gespräch zwischen allen Beteiligten stattgefunden, welches nach ihrer Auffassung zu einer Lösung geführt habe.

Der Ausschussvorsitzende schließt daraus, dass der Auftrag abgearbeitet ist.

Ratsmitglied Breite entgegnet, dass nach den ihm vorliegenden Informationen das Ergebnis nicht den Wünschen des Ortsverbandes entspreche und das Kinder- und Jugendschwimmen zu den gewünschten Bahnzeiten ab November nicht mehr gesichert sei. Dennoch sei er zuversichtlich, dass bei den weiteren Gesprächen eine befriedigende Lösung gefunden werde.

Ratsmitglied Kron stellt heraus, dass die Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung lediglich auf eine Reduzierung der Nutzungszeiten in den Schulferien ausgerichtet sind. Dies bedeute nicht, dass die Bäder für Vereine geschlossen würden.

Der Ausschussvorsitzende regt an, das endgültige Ergebnis in Form einer Mitteilung in die Gremien einzubringen.
Aufgrund der Aussagen der Verwaltung werde die Angelegenheit seitens der antragstellenden Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen als erledigt betrachtet und der Antrag zurückgezogen.

Nach Missfallensäußerungen von Ratsmitglied Uckermann und einem damit verbundenen Ordnungsruf geht der Ausschussvorsitzende zum Änderungsantrag der CDU-Fraktion über und erteilt der antragstellenden Fraktion das Wort.

Ratsmitglied Klipper macht darauf aufmerksam, dass die Anträge bezüglich der Einsparungen bei der Übermittagsbetreuung auf unterschiedlichen Zahlen basieren. Daher schlage er vor, hier dem weitergehenden Antrag seiner Fraktion zu folgen.

Der Ausschussvorsitzende stellt diesen zur Abstimmung.

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der CDU-Fraktion betr. Beschlussfassungen des Rates im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung in der Sitzung des Finanzausschusses am 12.04.2013:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat der Stadt Köln verzichtet in folgenden Punkten auf eine Beschlussfassung im Zusammenhang mit den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung im Bereich des Dezernates IV – Bildung, Jugend und Sport:

Für den Bereich ÜMIT und Mittagspause Plus:

Beschluss Nr. 9 Verzicht auf die Maßnahme „Mittagspause Plus“ ab dem Schuljahr 2013/2014

(erwartete Einsparung: 2013: 560.626 € und 2014 ff.: 836.346 €)

Beschluss Nr. 12 Übermittagsbetreuung Sek. I – Reduzierung des Standards

(erwartete Einsparung: 2013 ff.: 530.700 €)

Für den OGTS-Bereich:

Beschluss Nr. 10 Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils für die Offene Ganztagschule im Primarbereich ab dem Schuljahr 2013/2014 um 5%

(erwartete Einsparung: 2013: 399.364 € und 2014 ff.: 798.729 €)

Die Verwaltung wird beauftragt, bis zur Haushaltssitzung des Rates den zusätzlichen Bedarf an OGTS-Plätzen festzustellen und dem Rat eine Aufstockung unter Berücksichtigung der Landeszuschüsse vorzulegen.

Eine *Kompensation* der nicht zu realisierenden o.g. Einsparungen erfolgt durch den Wegfall der 6-monatigen Elternbeitragsbefreiung im Kindergarten, die auf freiwilliger Basis in Höhe von rd. 3,6 Mio. € von der Stadt Köln geleistet wird. Die vom Land NRW gesetzlich zugesicherte Beitragsbefreiung ab dem 3. Kindergartenjahr bleibt unverändert erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP sowie Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

Danach geht der Ausschussvorsitzende zu dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/ Die Grünen über und stellt diesen zur Abstimmung

II. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der von der Verwaltung in den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 bereits aufgenommenen Konsolidierungsvorschläge fasst der Rat mit der Maßgabe der gemeinsam von SPD und GRÜNE gestellten Änderungsanträge zum HH die in Anlage 1 (Änderung früherer Ratsbeschlüsse) und Anlage 2 (neue Beschlussfassungen) aufgeführten Beschlüsse.

Dies führt zu Ablehnung bzw. Änderungen in den nachstehenden Punkten der Anlage 1 + 2:

1.) Auflistung der vom Rat zu beschließenden Änderungen von früheren Beschlüssen (Anlage 1)

- Ziffer 1: Kölnagenda e.V. Milleniumsentwicklungsziele (43.750 € p. a. in 2013ff)
- Ziffer 9: Verzicht auf Mittagspause Plus (2013: 560.626 € und 2014ff: 836.346 €)
- Ziffer 10: Offene Ganztagschule im Primarbereich: Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils um 5% ab dem Schuljahr 2013/2014 (2013: 301.314 € und 2014 ff.:602.629 €)
- Ziffer 11: Einstellung des Angebotes der Rathausschule (72.100 € p. a. in 2013: 36.050 € und 2014ff: 72.100 €)
- Ziffer 12: Übermittagsbetreuung Sek. I - Reduzierung des Standards (530.700 € in 2013ff.)
- Ziffer 14: Einstellung der Gewährung einer Einschulungsbeihilfe für Kinder von Köln-Pass-Inhabern (163.000 € p. a. in 2013 ff.)
- Ziffer 15: Einstellung der Bezuschussung des Schülermittagessens für Kinder von Köln-Pass-Inhabern (2013: 350.000 €, ab 2014ff.: 700.000 €)
- Ziffer 16: Aufgabe der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln (364.400 € p. a. im Hj. 2013ff.)

2.) Auflistung der vom Rat zu fassenden neuen Beschlüssen im Zusammenhang mit den Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt (Anlage 2)

- Ziffer 3: Randzeitenbetreuung in Einrichtungen mit erweiterten Öffnungszeiten (135.000 € p. a. in 2013ff)
- Ziffer 4: Reduzierung von Zuschüssen zur Förderung der Wohlfahrtspflege – Kinder- und Jugendarbeit (540.900 € p. a. in 2014ff.)
- Ziffer 5: Reduzierung von Zuschüssen zur Förderung der Wohlfahrtspflege – Sozialarbeit (680.000 € p. a. in 2014ff.)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln zugestimmt.

Der Ausschussvorsitzende lässt sodann über die Verwaltungsvorlage in der so geänderten Fassung abstimmen.

III. Gesamtabstimmung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Im Zusammenhang mit der Umsetzung der von der Verwaltung in den Haushaltsplan-Entwurf 2013/2014 bereits aufgenommenen Konsolidierungsvorschläge fasst der Rat mit der Maßgabe der gemeinsam von SPD und GRÜNE gestellten Änderungsanträge zum HH die in Anlage 1 (Änderung früherer Ratsbeschlüsse) und Anlage 2 (neue Beschlussfassungen) aufgeführten Beschlüsse.

Dies führt zu Ablehnung bzw. Änderungen in den nachstehenden Punkten der Anlage 1 + 2:

- 1.) Auflistung der vom Rat zu beschließenden Änderungen von früheren Beschlüssen (Anlage 1)
 - Ziffer 1: Kölnagenda e.V. Millenniumsentwicklungsziele (43.750 € p. a. in 2013ff)
 - Ziffer 9: Verzicht auf Mittagspause Plus (2013: 560.626 € und 2014ff: 836.346 €)
 - Ziffer 10: Offene Ganztagschule im Primarbereich: Kürzung des freiwilligen kommunalen Anteils um 5% ab dem Schuljahr 2013/2014 (2013: 301.314 € und 2014 ff.:602.629 €)

- Ziffer 11: Einstellung des Angebotes der Rathausschule (72.100 € p. a. in 2013: 36.050 € und 2014ff: 72.100 €)
 - Ziffer 12: Übermittagsbetreuung Sek. I - Reduzierung des Standards (530.700 € in 2013ff.)
 - Ziffer 14: Einstellung der Gewährung einer Einschulungsbeihilfe für Kinder von Köln-Pass-Inhabern (163.000 € p. a. in 2013 ff.)
 - Ziffer 15: Einstellung der Bezuschussung des Schülermittagessens für Kinder von Köln-Pass-Inhabern (2013: 350.000 €, ab 2014ff.: 700.000 €)
 - Ziffer 16: Aufgabe der KölnTage bei den Museen der Stadt Köln (364.400 € p. a. im Hj. 2013ff.)
- 2.) Auflistung der vom Rat zu fassenden neuen Beschlüssen im Zusammenhang mit den Konsolidierungsmaßnahmen zum Haushalt (Anlage 2)
- Ziffer 3: Randzeitenbetreuung in Einrichtungen mit erweiterten Öffnungszeiten (135.000 € p. a. in 2013ff)
 - Ziffer 4: Reduzierung von Zuschüssen zur Förderung der Wohlfahrts-
pflege – Kinder- und Jugendarbeit (540.900 € p. a. in 2014ff.)
 - Ziffer 5: Reduzierung von Zuschüssen zur Förderung der Wohlfahrts-
pflege –Sozialarbeit (680.000 € p. a. in 2014ff.)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln zugestimmt.

. 6.2 Personelle Ressourcen stärken - Diversity-Management für die Stadt Köln 1305/2013

Der Finanzausschuss nimmt die schriftliche Mitteilung der Verwaltung zur Kenntnis.

7 Bürgerhaushalt 2013/2014 - Umsetzung der Vorschläge

Ratsmitglied Frank macht deutlich, dass sich die Vorlagen zum Bürgerhaushalt sowohl auf die Voten der Bürger zu den Konsolidierungsvorschlägen als auch auf die Umsetzung der Vorschläge beziehen.

Der Bürgerhaushalt beinhaltet das Kernthema wie eine Konsolidierung erfolgen solle und hierzu hätten die Bürger Stellung bezogen. In diesem Zusammenhang seien aber auch Vorschläge unterbereitet worden, welche weitere Ausgaben zur Folge hätten. Diese könnten darum nur zur Kenntnis genommen werden.

Er beantragt demzufolge den letzten Satz des entsprechenden Beschlussvorschlages zu streichen, da er nicht Gegenstand des Bürgerhaushaltsverfahrens sei.

Der Ausschussvorsitzende macht deutlich, dass sich der Antrag von Ratsmitglied Frank auf den Beschlussvorschlag zu TOP 7.2 bezieht.

7.1 Bürgerhaushalt 2013 - Voten der Bürger zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung 1072/2013

Beschluss:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die Voten der Bürgerschaft zu den Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung im Rahmen der Beratungen zum Haushaltsplan 2013/2014 zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.2 Bürgerhaushalt 2013 - Umsetzung der Bürgervorschläge 1064/2013

Der Ausschussvorsitzende lässt über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Frank abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Gesamtabstimmung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Rat nimmt die zehn am besten bewerteten Bürgervorschläge aus dem Bürgerhaushaltsverfahrens 2013 einschließlich der Stellungnahmen der Verwaltung zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

- 8 Haushaltssatzung der Stadt Köln für die Hj. 2013/2014
0984/2013**

- 8.1.1 Überprüfung der städt. Mitgliedschaften
1299/2013**

- 8.1.2 Änderungsantrag der Freien Wähler Köln betr. Änderungsantrag zum
TOP 8
AN/0480/2013**

- 8.1.3 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und Fraktion Bündnis
90/Die Grünen zu TOP 8 betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der
Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014
AN/0998/2013**

- 8.1.4 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen zu TOP 8 betr. Haushaltssatzung und
Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014
hier Kulturförderabgabe
AN/0999/2013**

- 8.1.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Veränderungsnachweis
der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2013/14
AN/0486/2013**

- 8.1.6 Weitere Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Hpl.-Beratungen
und Freigabeverfahren**

Der Ausschussvorsitzende beginnt die Aussprache zur Haushaltssatzung und macht deutlich, dass für die SPD-Fraktion die Vermeidung eines Nothaushaltes von entscheidender Bedeutung sei. Ein Haushaltssicherungskonzept wirke sich unmittelbar auf die Lebensqualität der Bürgerinnen und Bürger einer Stadt aus. Vieles, was auch nach den Sparvorschlägen der Verwaltung noch an freiwilligen Leistungen angeboten werden könne, müsste dann zurückgenommen oder eingestellt werden. Ein weiterer wichtiger Punkt sei, dass auch aufgrund der Konsolidierungsvorschläge der Verwaltung drei Ziele eingehalten werden müssten. So müsse sozial gerecht gespart, in die Zukunftsfähigkeit investiert und die Neuverschuldung signifikant gesenkt werden. Dieses Vorhaben würde mit den heute vorgelegten gemeinsamen Änderungsanträgen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zum Ausdruck gebracht, welche er nachfolgend näher erläutern werde.

Bei Einbringung des Haushaltes durch die Verwaltung sei Kritik daran geäußert worden, dass dieser eine strategische Konzeption im Hintergrund vermissen und eine unsymmetrische Verteilung erkennen lasse. Daher hätten die beiden antragstellenden Fraktionen, ausgehend von politischen und strategischen Zielen, sowohl Umschichtungen vorgenommen als auch das Gewicht einzelner Bereiche untereinander verschoben. Von Wichtigkeit sei hier, dass die Bedeutung der Bereiche Bildung, Familie, soziale Balance und Infrastruktur deutlicher als bisher zum Ausdruck käme. Dies ziehe sich wie ein roter Faden durch alle Änderungsvorschläge.

Die Kulturförderabgabe eröffne ferner die Möglichkeit, auch die Bereiche Kultur und Wirtschaft in besonderer Weise zu stärken. Diese Veränderungen würden aus Gründen der Transparenz und Übersichtlichkeit in einem gesonderten Antrag ausgewiesen.

Hinsichtlich der aus den gemeinsamen Änderungsanträgen resultierenden politischen Schwerpunkte macht er deutlich, dass trotz der prekären Haushaltslage an den Köln Tagen der Museen festgehalten werden solle. Er halte es für bedeutungsvoll, dass alle Kölnerinnen und Kölner weiterhin von diesem monatlichen Kulturangebot profitieren können. Auch über die Fortführung der Tanzgastspiele seien bereits Gespräche geführt worden. In diesem Zusammenhang begrüße er die Überlegungen der FDP-Fraktion. Die Entscheidung über den Umfang der Veranstaltungen und deren Finanzierung sei nicht einfach gewesen. Aufgrund der wenig positiven Erfahrungen in der Vergangenheit, werde nunmehr die Bildung eines Sonderbudgets vorgeschlagen. Dadurch werde sichergestellt, dass die Mittel für die zehn Abendveranstaltungen ausschließlich dieser Sparte zu Gute kommen.

Den Vorschlag der FDP-Fraktion hinsichtlich einer Erhöhung der Eintrittspreise bei den Bühnen sehe er als positiv an, da kulturinteressierte Menschen durchaus bereit seien, einen etwas höheren Beitrag hierfür zu leisten. Insofern habe man den Vorschlag der FDP-Fraktion in den Begleitantrag zum Haushalt aufgenommen. Mit diesem solle die Betriebsleitung der Bühnen beauftragt werden, zur dauerhaften Sicherung der künstlerischen Qualität eine durchschnittliche Erhöhung der Eintrittspreise um mindestens 2 Euro vorzunehmen. Der Ausschussvorsitzende geht dann auf den Bereich Jugend/Soziales ein und begrüßt, dass hier das Projekt der Sozialraumkoordination weiter fortgeführt werden solle. Es gehöre zur Zukunftsfähigkeit einer Stadt sozialräumliche Betrachtungen und diesbezügliche Aktivitäten zu fördern. Selbstverständlich gehe dies aber nicht ohne einen Eigenbeitrag, so dass zur Refinanzierung innerhalb der Verwaltung die organisatorischen Abläufe gestrafft werden müssten und auch Verfügungsmittel nicht mehr in alter Höhe bereitgestellt werden könnten. Den Spitzenverbänden der freien Wohlfahrtspflege sollte nach den Vorschlägen der Verwaltung eine sehr hohe Reduzierung der Globalzuschüsse auferlegt werden. Hier teilten die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen die Auffassung, dass eine Verminderung der Zuschüsse nicht gänzlich vermieden werden könne. Dies habe zu einer Ablehnung der diesbezüglichen Vorschläge im Jugendhilfeausschuss geführt. Da die vorgeschlagene Kürzung um 75 Prozent als überhöht angesehen werde, schlage der Änderungsantrag eine Kürzung um 50 Prozent vor.

Viele Diskussionen seien auch zum Thema Übermittagsbetreuung geführt worden. Es bestehe Einvernehmen über die hohe Nachfrage seitens vieler Eltern sowie deren Wunsch nach einer ausreichenden Zurverfügungstellung von Plätzen in den verschiedensten Angebotsformen.

Dennoch erwarte er, dass sich kurz- und mittelfristig noch mehr Schulen in

den formellen Ganztagsbetrieb begeben. Dies stelle das qualitativ bestmögliche Angebot und für die Kommunen die günstigste Lösung dar. Nötig sei deswegen eine Übergangsstrategie nebst Überbrückungsfinanzierung, wonach die Übermittagsbetreuung zunächst fortgesetzt und gleichzeitig aber alle Anstrengungen für eine Teilnahme am schulischen Ganztagsbetrieb sowie der damit verbundenen Teilhabe an einer Finanzierung durch das Land unternommen würden. Auch dürfe nicht unerwähnt bleiben, dass Köln bei den Platzzahlen im offenen Ganztagsbetrieb mittlerweile an seine Grenzen stoße und dies bei einer der höchsten Quoten in NRW. Dies alles sei nur durch die entsprechende Bereitstellung der finanziellen Mittel durch den Rat und die zielgerichtete Unterstützung durch die Verwaltung möglich geworden. Da auch weiterhin eine steigende Nachfrage zu verzeichnen sei, werde die Verwaltung in dem Änderungsantrag begleitend beauftragt, für das Schuljahr 2014/2015 weitere 1500 Plätze einzurichten.

Das Thema Einschulungsbeihilfe dürfe ebenfalls nicht der Konsolidierung zum Opfer fallen, da hiermit den Kindern bedürftiger Familien ein diskriminierungsfreier Start ins Leben ermöglicht werden könne. Auch die von der Verwaltung für den Bereich interkulturelle Arbeit/Integrationspolitik vorgesehenen Kürzungen müssten hinsichtlich deren Höhe nochmals kritisch hinterfragt werden. Diese Aufgabe gehöre in einer pluralistischen Großstadt wie Köln zu den Kernpunkten, daher sehe der Änderungsantrag vor, die wesentlichen Kürzungen zurückzunehmen. Dies werde außerdem dadurch ermöglicht, dass kommunale Integrationszentren künftig durch das Land gefördert werden.

Ein weiteres bedeutendes Anliegen sei die fühlbare Reduzierung der Mittelkürzungen um 840.000 Euro bei den Bürgerzentren und Bürgerhäusern.

Die in dem gemeinsamen Änderungsantrag ausgewiesenen Umschichtungen führten in 2013 zu Mehrausgaben von rd. 8,6 Mio. Euro. Diese seien zu einem guten Teil dadurch möglich, dass die Stadt Köln über wirtschaftlich sehr erfolgreiche Beteiligungen verfüge. So erfolge in diesem Jahr eine zusätzliche Ausschüttung durch die GAG in Höhe von 5,4 Mio. Euro. Zudem werde eine zusätzliche Ausschüttung des Stadtwerkekonzerns in Höhe von jeweils 10 Mio. Euro für die Jahre 2013 und 2014 erwartet. Damit könnten wichtige Entscheidungen für die Stadt Köln realisiert werden.

Alsdann werde für 2013 eine Verbesserung in Höhe von 20 Mio. Euro aus dem Einheitskostenabrechnungsgesetz erwartet. Hierbei handele es sich um eine Rückerstattung des Landes aufgrund eines Klageverfahrens gegen die ehemalige Landesregierung wegen fehlerhafter Abrechnung der Einheitslasten gegenüber den Kommunen. Die endgültige Höhe des Erstattungsbetrages müsse noch gesondert ermittelt werden.

Darüber hinaus mache der gemeinsame Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen deutlich, dass neben der Verringerung oder einer Rücknahme der Kürzungsvorschläge der Verwaltung auch ein besonderes Augenmerk auf Investitionen in die Zukunft gelegt werde. So solle ein Betrag von 13,5 Mio. Euro als Infrastrukturpaket für Verbesserungen im öffentlichen Raum bereitgestellt werden. Hierzu gehörten beispielsweise die Ausstattung des Masterplanes für den Zoo oder die Aufwertung des linksrheinischen Rheinuferes zwischen Hohenzollernbrücke und Bastei.

Im Jahr 2014 solle dann eine Attraktivierung von städtischen Plätzen in drei Stadtbezirken folgen. Dies trage viel zur Lebensqualität vor Ort bei.

Bei Betrachtung der Gesamtsalden des Veränderungsnachweises sei für das Jahr 2013 eine Verbesserung in Höhe von 38,5 Mio. Euro ausgewiesen.

Demgegenüber beliefen sich die Umschichtungen in 2013 auf 8,6 Mio. Euro

sowie das zweijährige Investitionspaket auf 13,6 Mio. Euro. Hieraus lasse sich schließen, dass die einmaligen Erträge der Beteiligungen entweder für einmalige Investitionen oder den Schuldenabbau verwandt werden.

Die Einnahmen aus der Kulturförderabgabe würden wegen der bestehenden rechtlichen Unsicherheiten weiterhin vorsichtig kalkuliert. Der von der Verwaltung veranschlagte Betrag von 7 Mio. Euro sei seriös ermittelt. Abweichend hiervon gingen die antragstellenden Fraktionen von einem Betrag in Höhe von rd. 5 Mio. Euro aus, damit ein eventueller Sicherheitspuffer für Unvorhergesehenes eingerechnet werden könne. Neu sei die Verwendung dieser Mittel für die Förderung von Projekten im Primarbereich der OGTS, der Theaterzeitung, eine Fortschreibung der Kulturförderung sowie die Intensivierung des Standortmarketings. Nicht unerwähnt lasse er die bereits angelaufene Instandsetzung und den Betrieb der Kölner Brunnen, für die kein auskömmlicher Etat zur Verfügung stehe. Einen letzten wichtigen Punkt stellten die Neupflanzung von Bäumen sowie die Optimierung/Verbesserung des Toilettenangebotes dar, da dies wesentliche Faktoren für das Stadtklima und die Aufenthaltsqualität seien. Im Ergebnis bringe dieser Antrag das Bemühen um Investitionen in die Zukunftsfähigkeit, um eine soziale Ausgewogenheit bei notwendigen Kürzungen, eine Unterstützung von Bildung, Kultur, Jugend, Familie und Integration sowie der Wirtschaft nebst einem signifikanten Absenken der Neuverschuldung zum Ausdruck.

Überdies respektiere er die Vorschläge der Verwaltung zur Konsolidierung des Haushaltes. Diese seien allen Beteiligten nicht leicht gefallen und würden nun in einem recht bescheidenen Umfang korrigiert. Durch die Verringerung der Neuverschuldung gelinge es, die Entnahme aus der allgemeinen Rücklage unter der haushaltsrechtlich wichtigen Marke von 5 Prozent zu halten. Abschließend lädt er alle Fraktionen ein, diese Veränderungen und den Haushalt mitzutragen.

Ratsmitglied Klipper stellt bereits einleitend fest, dass die CDU-Fraktion diesem Haushalt und den vorgeschlagenen Änderungen nach intensiven Beratungen ablehnend gegenüberstehe. Seine Fraktion sehe diesen als unehrlich sowie perspektivlos an, welcher völlig zu Lasten kommender Generationen gehe. Gleichzeitig finde auch die Teilnahme am bisherigen Effizienzteam ihr Ende. Der Haushalt werde als unehrlich angesehen, da die von der Verwaltung präsentierten Zahlen wenig glaubwürdig und ständigen Korrekturen unterworfen seien. So seien von der Stadtkämmerin im Dezember für das Jahr 2012 Mehraufwendungen in Höhe von rd. 96 Mio. Euro avisiert worden. Damit wurde gleichzeitig der voraussichtliche Verlust auf ca. 315 Mio. Euro beziffert. Hiermit wurde die gesetzlich vorgesehene Grenze für die Entnahme aus der Rücklage überschritten. Die Planung für das Jahr 2013 enthalte ebenfalls eine Entnahme von mehr als 5 Prozent. Dies führe nach seiner Auffassung zu einem abgleiten in ein Haushaltssicherungskonzept. Nach den nunmehrigen Erläuterungen zum Veränderungsnachweis 1 sei davon auszugehen, dass nach dem Ergebnis der Jahresrechnung 2012 die Entnahme aus der Rücklage nun doch nicht mehr über dieser Grenze liegen werde. Vor dem Hintergrund, dass seit dem Jahr 2008 und der Umstellung auf NKF kein festgestellter Jahresabschluss vorliege, halte er die von der Verwaltung vorgelegten Zahlen für unseriös. Zwar bestehe die Möglichkeit die Abschlüsse von 2008 bis zum Jahr 2011 nachzuholen, dies ändere jedoch nichts an der Tatsache, dass heute über einen Haushalt für zwei Jahre entschieden werden solle, welcher auf unklaren Zahlen basiere.

In diesem Zusammenhang bemängelt er ausdrücklich die fehlende Information seitens der Verwaltung über das geänderte Verfahren bei Erstellung der Jahresabschlüsse mittels einer entsprechenden Mitteilung an den Finanzausschuss. All dies resultiere aus dem noch nicht fertig gestellten Jahresabschluss für 2008 nebst Folgejahren und dem Tätigwerden des Landesinnenministeriums gegenüber der Bezirksregierung im Dezember 2012. Er stimme mit der Auffassung des Landes überein, dass ein Fehlen festgestellter Jahresabschlüsse einen Verstoß gegen die Haushaltsführung darstelle. Zusammenfassend mangle es an unverzichtbaren Daten über den aktuellen Stand des Vermögens und der Schulden.

Zudem verfüge er bislang über keinerlei Informationen zu dem voraussichtlichen Ergebnis der ausstehenden Abschlüsse, so dass die aktuellen Zahlen bei abschließender Betrachtung wenig glaubwürdig seien.

Der Haushalt lasse ferner eine Perspektivlosigkeit erkennen. So habe der Oberbürgermeister bei der Einbringung des Haushaltes im Rat erklärt, die Entnahme aus der Rücklage würde in dem genannten Planungszeitraum bis 2017 die Marke von 4,5 Prozent nicht überschreiten. Nunmehr lägen neue Zahlen der Stadtkämmerin vor, wonach die Entnahme in zwei Jahren 5 Prozent überschreite. Eine derartige Haushaltsführung sei nicht auf das Wohl der Stadt ausgerichtet. Die Verwaltung habe zwar begonnen kleinere Sparvorschläge zu unterbreiten, welche sich hinsichtlich der Fehlbeträge als vollkommen unzureichend herausgestellt hätten. Bis heute warte seine Fraktion auf eine Stellungnahme zu den von ihr im Jahr 2012 vorgeschlagenen Einsparmöglichkeiten.

Ohne strukturelle Änderungen in der Aufgabenerledigung, bei der Festlegung von Standards, im Bereich des Personals und der Zugrundlegung geänderter Maßstäbe lasse sich keine Sanierung des Haushaltes erreichen.

Zudem lasse sich eine Abnahme des prognostizierten Steueraufkommens und des Wirtschaftswachstums erkennen. Damit bleibe letztlich offen, welche Einnahmen zur Haushaltskonsolidierung beitragen.

Für problematisch halte er außerdem die Verlagerung der Lasten auf kommende Generationen. So belaufe sich der Vermögensverzehr für die Zeit von 2010 bis 2017 auf einen Betrag in Höhe von mehr als 2 Mrd. Euro. Die zukünftigen Aufgaben der Stadt könnten über einen solchen Weg nicht bewältigt werden.

Zum Ende seiner Ausführungen geht Ratsmitglied Klipper auf die Gründe für die fehlende Mitarbeit im Effizienzteam ein. Diese Mithilfe halte er nur dann für sinnvoll, wenn die Finanzen der Stadt Köln auf einer breiten Basis in Ordnung gebracht werden können. Dies sei in dem bisherigen Team nicht gelungen. Bereits im November 2012 habe die Verwaltung einen Katalog mit Lösungs- und Analysevorschlügen für bestimmte Bereiche erhalten, ohne dass hierauf eine Antwort erfolgt sei. Außer kleineren Punkten (z.B. bei den Museen) seien keinerlei wesentliche Themen zur strukturellen Verbesserung, wie Standardreduzierungen oder Personalabbau erörtert worden. Sofern es gelinge, hier einen eindeutigen Richtungswechsel vorzunehmen und die Verwaltung von möglicherweise auch unkonventionellen und nachhaltigen Maßnahmen des Sparens oder des Schuldenabbaus zu überzeugen, werde seine Fraktion wieder für eine Mitarbeit zur Verfügung stehen.

Unter Bezug auf die Bemerkungen des Ausschussvorsitzenden zu dem Bereich „Offene Ganztagschulen“ verweist er auf den zu TOP 6.1 vorliegenden Änderungsantrag der CDU-Fraktion. Inzwischen habe sich herausgestellt, dass die in der Vergangenheit vorgenommene Aufstockung der Plätze auf

24000 bei weitem nicht ausreiche, um dem Standard in Köln gerecht zu werden. Hier vermisse er aber auch einen Hinweis der Verwaltung auf einen sich abzeichnenden zusätzlichen Bedarf. Diese Information, nebst einem rechtzeitigen Antrag auf Bereitstellung zusätzlicher Mittel, seien unterblieben.

Um dem sozialen Zweck und der Unterstützung von Familien dennoch Rechnung zu tragen, müssten die in diesem Bereich vorgesehenen Kürzungen zurückgenommen werden. Die hierfür erforderliche Kompensation der Mehrausgabe in diesem Bereich könne durch einen Fortfall der freiwilligen Elternbeitragsbefreiung im Kindergarten erfolgen. Obwohl seine Fraktion grundsätzlich für eine Beitragsfreiheit mit einer Landesfinanzierung einstehe, halte er diese Gegenfinanzierung in dieser Situation für vertretbar. Insofern bitte er die übrigen Fraktionen, diesen Antrag zu befürworten.

Was die restlichen Punkte der Änderungsanträge zum Haushalt betreffe, so halte er eine zusätzliche Ausschüttung des Stadtwerkekonzerns hinsichtlich der dort künftig anstehenden Investitionen und einer verschärften Konkurrenzsituation für sehr bedenklich. Hiermit werde erneut zum Ausdruck gebracht, dass die rot-grüne Koalition nicht in der Lage sei, einschneidende Maßnahmen zur Zukunftsfähigkeit des städtischen Haushaltes vorzunehmen. Seine Fraktion könne einen derartigen Haushalt mit Auswirkungen für die nächsten Generationen nicht mittragen.

Ratsmitglied Frank zeigt sich erstaunt, dass die zweitstärkste Fraktion im Rat der Stadt Köln erstmalig in die Beratungen zur Haushaltssatzung und Haushaltsplan ohne relevante eigene Vorschläge eintrete. Hierbei müsse er den Vorschlag für den Bereich der offenen Ganztagschulen ausklammern, welcher bereits übernommen wurde. Der Beitrag von Ratsmitglied Klipper sei als eine Mixtur aus Verweigerungshaltung, Ratlosigkeit und fehlender politischer Handlungsfähigkeit der Opposition anzusehen. Hier vermisse er jeglichen Versuch, sich in die konstruktive und politische Arbeit einzubringen. Dieser Prozess finde nicht mehr statt. Wer sich die vorgetragenen Thesen vor Augen führe, müsse feststellen, dass bestimmte Dinge nicht zur Kenntnis genommen würden. Dies betreffe etwa die Bearbeitung der Jahresabschlüsse, worüber im Rechnungsprüfungsausschuss mehrfach berichtet worden sei und die sich in der Phase der abschließenden Bearbeitung befänden. Der Jahresabschluss 2011 beinhalte zudem eine Korrektur der Eröffnungsbilanz.

Den Vorwurf bezüglich fehlender sowie einschneidender Maßnahmen zur Konsolidierung der städtischen Finanzen könne er nicht teilen. So entspreche es nicht der Realität, den Haushalt einer Großstadt wie Köln mit einem großen Befreiungsschlag reparieren zu können. Hinzukomme, dass keine Vorschläge in diese Richtung seitens der CDU-Fraktion vorlägen. Da die derzeit vorliegenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht nur Köln beträfen, stelle die Politik der Konsolidierung einen mühsamen Weg dar und setze intensive Kleinarbeit voraus. Dieser Mühe hätten sich die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen unterzogen, welche sich in den Inhalten der gemeinsamen Änderungsanträge wiederfände. Bereits bei den Beratungen zum Haushalt 2012 habe er perspektivisch darauf hingewiesen, dass es bei der Vorbereitung des kommenden Haushaltes um den Weg zu einer wirksamen und nachhaltigen Haushaltssanierung gehe. Genau diese Ziele wurden weiterverfolgt und manifestierten sich in den hier vorliegenden Vorschlägen, nämlich den Konsolidierungskurs fortzusetzen und die Verwaltung darin zu unterstützen bzw. konstruktiv zu kritisieren.

Der Umstand, dass die einmaligen Ausschüttungen von Beteiligungsgesellschaften nicht für konsumtive Ausgaben verwendet würden, stelle einen Ausdruck für wirtschaftliche Nachhaltigkeit dar. Folgerichtig dienten auch die jetzigen Vorschläge dazu, keine Strukturen zu zerschlagen sondern die Handlungsfähigkeit der gesellschaftlichen Akteure zu erhalten. Dies sei von besonderem Belang bei den Themen Integration und Migration, da sich eine - auch durch Zuwanderung - wachsende Stadt dieser Aufgabe stellen und über die hierfür nötigen Ressourcen verfügen müsse.

Hinsichtlich der in allen Aufgabenbereichen zu erbringenden Konsolidierungsbeiträge, sei besonderes Augenmerk darauf gerichtet worden, die Schwerpunkte im Sektor Schule/Bildung, Jugend, Soziales oder Kultur zu erhalten. Des Weiteren solle die Verwaltung beauftragt werden, bei den Bühnen der Stadt Köln die Gestaltung der Eintrittspreise zu prüfen und unter Anwendung eines Mindestdurchschnittes angemessen zu erhöhen.

In diesem Kontext müssten auch Vorschläge zur Kostenreduzierung erfolgen, denn nur bei Erzielung von Mehrerlösen und verantwortlicher Mittelverwendung bestehe für die Betriebsleitung die Möglichkeit, die wirtschaftliche Situation der Bühnen abzufedern.

Ferner sei für die gesamte Stadt von Bedeutung, dass sie weiterhin ein lebenswertes Gefühl vermittelt und die Direktive für das bereits erwähnte Infrastrukturmaßnahmenpaket für Mobilität und Stadtgestaltung.

Die Analyse der sich durch den Veränderungsnachweis 1 ergebenden Situation zeige, dass die Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage in 2013 mit 5,51 Prozent keinen erfreulichen Umstand darstelle. Daher sei es besonders wichtig, diese durch einen großen Konsolidierungsschritt deutlich auf unter 5 Prozent zu reduzieren. Dieser signalisiere auch der Kommunalaufsicht, wie verantwortlich die Mehrheit im Stadtrat mit der Haushaltswirtschaft umgehe und wie sie sich auf die Zukunft einstelle.

Insofern sei er der Auffassung, dass hier ein Änderungspaket für den Haushalt präsentiert werde, welches die Voraussetzungen für die weitere Handlungsfähigkeit schaffe. Dies gelte auch für den Einsatz der verminderten Erträge aus der Kulturförderabgabe. Trotz aller an dem Änderungsantrag geäußerten Kritik, sollten diese Fakten hinreichend gewürdigt werden.

Ratsmitglied Breite erinnert nochmals an die dramatische Haushaltssituation der Stadt Köln mit einem Defizit in Höhe von über 300 Mio. Euro. Nunmehr liege ein gemeinsamer Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vor, welcher die von der Verwaltung vorgeschlagenen Einsparungen teilweise wieder zurücknehme. Bisher könne er die gesamte Architektur des Haushaltes als nicht beständig ansehen. So solle dessen Ausgleich bis zum Jahr 2022 dadurch erreicht werden, dass trotz einer Steigerung der Ausgaben gleichzeitig erhöhte Einnahmen zu deren Deckung eingeplant werden. Mögliche Einsparmaßnahmen würden demnach gänzlich entfallen. Auch aus dem bereits erwähnten Änderungsantrag sei ersichtlich, dass die Kraft zum Sparen fehle, da dieser ebenfalls konkrete Einsparvorschläge vermissen lasse. Stattdessen werde der Versuch unternommen über eine Steigerung der Einnahmen den Ausgleich zu erreichen. Die in dem Änderungsantrag enthaltenen Sonderausschüttungen würden auf Initiative der rot-grünen Ratsmehrheit zur Konsolidierung des Haushaltes vorgenommen. Darüber hinaus gebe es keine tragfähigen Zahlen, welche eine Gewähr dafür bieten könnten, dass der vorgelegte Haushalt dauerhaft ausgelegt sei. Dies gelte auch für die weiteren Einnahmen aus der Kulturförderabgabe, wel-

che mit rechtlichen Unwägbarkeiten behaftet seien. Insofern sei eine weitere Erhöhung des Haushaltsfehlbetrages nicht auszuschließen. Das Vorhaben die Einnahmesteigerungen für investive Zwecke zu verwenden, sei positiv zu werten. Gleichzeitig lasse der Antrag erkennen, dass hiermit eine politische Zusage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen gebrochen werde, nach der die Rücknahme von Konsolidierungsvorschlägen der Verwaltung ausschließlich durch Einsparungen an anderer Stelle kompensiert werden müssen. In diesem Zusammenhang müsse er auch kritisieren, dass seitens der Stadtkämmerin keine Mitteilung an die Fraktionen bezüglich einer möglichen Rückerstattung des Landes aus dem Einheitskostenabrechnungsgesetz erfolgt sei und dies nunmehr als Einnahmeverbesserung in dem gemeinsamen Änderungsantrag eingerechnet werde. Für seine Fraktion gebe es daher nur eine Folgerung, welche zu einer Ablehnung des Haushaltes und der Änderungsanträge führe.

Ratsmitglied Uckermann schließt sich den Ausführungen der Ratsmitglieder Klipper und Breite an. Angesichts des erneuten Haushaltsdefizites werde die tatsächliche Situation der städtischen Finanzen auch weiterhin verschleiert. Dies gelte auch für die teilweise sehr phantasievolle Verteilung der Mittel im Jugend- oder Kulturbereich. Hier greife er die Ausführungen des Ausschussvorsitzenden zur Fortführung der Tanzgastspiele und die geänderte Mittelverteilung auf. Dabei werde verschwiegen, dass die Infrastruktur und Betriebskosten von den Bühnen bereitgestellt bzw. getragen werden. Das Belassen der Einnahmen bei der Tanzgruppe habe daher mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Hinsichtlich der vorgesehenen Mehreinnahme durch eine Sonderschüttung der städtischen Wohnungsbaugesellschaft müsse er mit Verwunderung feststellen, dass hier auf die Mittel einer Gesellschaft zurückgegriffen werden solle, welche für den sozial geförderten Wohnungsbau gegründet wurde und vielen Menschen preiswerten Wohnraum zur Verfügung stelle. Durch diese Kapitalentnahme werde das Wohnen bei der GAG verteuert, welches letztlich zu Lasten der Mieter gehe. Die zusätzliche Ausschüttung des Stadtwerkekonzerns beruhe letztlich auf den Mehreinnahmen bei der Stromversorgung, welches sich wiederum in den Preisen niederschlage. Bereits heute gebe es viele Haushalte in Köln, die die Energiekosten nicht mehr tragen könnten. Im Ergebnis müssten damit die Bürger für finanzielle Versäumnisse der Stadt einstehen.

Ratsmitglied Ludwig verdeutlicht, dass die bisherigen Beratungen zum Haushalt zu einer wesentlichen Erkenntnis geführt haben. So habe es sich gelohnt, sich den sozialen und kulturellen Kürzungsvorschlägen zu widersetzen. Nunmehr solle einiges zurückgenommen werden. Dies ergebe sich sowohl aus dem Vorschlag der Verwaltung zu den Bürgerzentren als auch aus dem gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen bezüglich der Mittagspause plus, den interkulturellen Zentren oder den Köln Tagen bei den Museen. All dies sei nicht unbedingt aufgrund geänderter Erkenntnisse, sondern auch durch den vermehrten Widerstand der Menschen in dieser Stadt erfolgt. Für dieses Engagement bedanke er sich ausdrücklich. Leider ändere dies nichts am Kernproblem des Haushalts. Der vorliegende Änderungsantrag führe dennoch zu massiven sozialen Einschnitten. Problematisch sei die Unterfinanzierung der sozial-kulturellen Einrichtungen sowie der städtischen und freien Träger. Hierbei handele es sich um ein Produkt der letzten 20 Jahre. Mit diesem Haushalt gelinge es erneut, einem

Haushaltssicherungskonzept haarscharf zu entkommen. Insofern führe dies nicht zu einer Stabilisierung der Situation in den Jahren 2013 bis 2022. Für eine tatsächliche Konsolidierung bedürfe es einer verbesserten Finanzausstattung der Kommunen. Durch Sparen und Kürzen ließe sich dies nicht bewerkstelligen. Insofern sei es kein Zufall, dass seitens der CDU-Fraktion keine Einsparvorschläge unterbreitet wurden, da dies unmöglich sei. Seine Fraktion habe eine Reihe von Vorschlägen zur Umverteilung der Mittel und damit zur Verbesserung der Kommunalfinanzen unterbreitet. Auch in ihrem heutigen Änderungsantrag zum städtischen Haushalt unterbreite seine Fraktion einen praktikablen Vorschlag, mit dem auf die Kürzungen verzichtet werden könne. Hierzu bedürfe es unter anderem einer bescheidenen Erhöhung der Gewerbesteuer. Das Resultat bestehe aus einem Verzicht auf Sozialkürzungen mit finanzpolitisch kleinen Auswirkungen und erheblichen positiven Wirkungen auf die Arbeit von freien Trägern und Einrichtungen.

Hinsichtlich der Bewertung der Haushaltsdaten müsse er sich den Anmerkungen von Ratsmitglied Klipper anschließen. Dieser enthalte viele Unwägbarkeiten, welche dazu führen könnten, weitere Kürzungen vorzunehmen oder in die Haushaltssicherung abzugleiten. Hier bedürfe es eines Gegenkurses mit dem Ziel einer verbesserten kommunalen Finanzausstattung. Die zusätzlichen Ausschüttungen der Gesellschaften brächten zwar neue Einnahmen, dennoch sei das dringende Erfordernis nach einer Stärkung des sozialen Wohnungsbaus allgemein bekannt, um den Bedarf an zusätzlichem günstigem Wohnraum zu decken. Dieser werde von privaten Investoren wegen der fehlenden Renditen nicht bereitgestellt. Folgerichtig müssten die von den Gesellschaften erwirtschafteten Mittel auch wieder in den Wohnungsbau fließen. Ähnliches gelte für den Stadtwerkekonzern, der die Preise für Energie immer wieder anhebe. Damit werde einem massiven Anstieg der Nebenkosten die Basis bereitet.

Vor diesem Hintergrund müsse er feststellen, dass der Änderungsantrag der Mehrheitsfraktionen zu keiner grundlegenden Korrektur des von der Verwaltung eingebrachten Haushaltsplanentwurfes führe. Insofern werde seine Fraktion beide Vorschläge ablehnen.

Ratsmitglied Hoffmann zeigt sich enttäuscht, dass bisher in keiner Weise auf den Bürgerhaushalt Bezug genommen wurde. Er erinnert an die ursprüngliche Absicht diesen voranzutreiben und den Bürger bei den Entscheidungen mitzunehmen. Dies werde dessen Bedeutung in einer Stadt wie Köln nicht gerecht. Insofern ziele sein Änderungsantrag nochmals auf eine Fortschreibung dieses zentralen Instrumentes ab. In der bisherigen Rückschau könne er sich des Eindrucks nicht erwehren, dass eine zweimalige Überschreitung der Entnahme aus der Rücklage oberhalb der gesetzlichen Marke unter allen Umständen vermieden werden solle. Insofern hätten ihn auch die Zahlen zum Jahresabschluss 2012 und eine Aussage darüber interessiert, ob der vorgesehene Betrag für die Rücklagenentnahme in Höhe von 3,7 Prozent eingehalten werden konnte. Nach seinen Informationen liege dieser Betrag knapp unter 5 Prozent. Hierzu bitte er um eine transparentere Information der Verwaltung. Dies gelte auch für den Übertrag in das Jahr 2013 oder den Konsequenzen aus einer nachträglichen Überschreitung der Rücklagenentnahme in 2012.

Bei Betrachtung des nun vorliegenden Haushaltsentwurfes müsse er feststellen, dass die Entnahmen aus der Rücklage stetig ansteigen und damit die Verschuldung weiter vorangetrieben werde. Der Veränderungsnachweis Nr. 5

habe bezüglich der Kernthemen ursprünglich einen sehr guten Ansatz verfolgt und den Hinweis enthalten, ein Konzept zur Restrukturierung der Aufgabenpalette nach der Sommerpause 2012 zu erstellen. Dies liege noch nicht vor. Bezüglich des Haushaltes vermisse er neben den Zahlen aus der Steuer-schätzung auch den Einfluss von regionalen Daten aus den Gewerbebetrie-ben. Das hier unterstellte stetige Wirtschaftswachstum und ein Bestand der Niedrigzinsphase könnten wohl nicht erwartet werden. Allein die Abnahme der allgemeinen Rücklage in den nächsten Jahren um etwa 1 Mrd. Euro gehe zu Lasten der kommenden Generation. Um hier gegen zu steuern, müsse über einige Entscheidungsvorschläge diskutiert werden. Der Änderungsantrag der Freien Wähler Köln schlage unter anderem vor, sich seitens der Stadt Köln einem freiwilligen Konzept zur Konsolidierung des Haushaltes zu unterwerfen oder die freiwilligen Leistungen auf den Prüfstand zu stellen. Konsens bestehe darin, die Bereiche Bildung und Jugend hiervon auszunehmen. Zudem bedürfe es eines sofortigen Einstellungsstopps und einer Überprüfung aller internen Tätigkeitsfelder. Auch der Verzicht auf große Investitionsvorhaben oder der Verkauf städtischer Beteiligungen setze deutliche Akzente. Hiermit würden gute Voraussetzungen für ein sozial gerechtes und zukunftsfähiges Handeln geschaffen. Dies müsse einhergehen mit einer Reduzierung der Neuverschul-dung und sinnvollen Investitionen im Museums- oder Schulbereich, wo ein großer Nachholbedarf bestehe.

Der Ausschussvorsitzende beendet die erste Aussprache zum Haushalt. Ratsmitglied Klipper kommt nochmals auf die Anmerkung von Ratsmitglied Frank hinsichtlich des fehlenden Änderungsantrages der CDU-Fraktion zu-rück. Er hält dagegen, dass seine Fraktion im Zusammenhang mit dem Haus-halt 2012 einige Vorschläge unterbreitet habe, welche in die Verwaltung ver-wiesen wurden. Obwohl bislang eine Antwort der Verwaltung ausstehe, habe sich an deren Bestand und inhaltlichen Ausrichtung nichts geändert. Folge-richtig würden diese nicht erneut vorgebracht. Zudem habe seine Fraktion in 2012 keine Vorschläge mit Mehrausgaben unterbreitet, diese seien vielmehr auf Reduzierungen ausgerichtet gewesen. Ergänzend habe man auf künftige Risiken in den Jahren 2017 bis 2019 sowie bei der Personalkostenentwick-lung hingewiesen.

Stadtdirektor Kahlen macht darauf aufmerksam, dass der Personalaufwand auf Basis des Veränderungsnachweises Nr. 1 unter der wichtigen Größe des 25 prozentigen Anteils am Gesamthaushalt gehalten werde. Auch im Pla-nungszeitraum bis zum Jahr 2017 werde diese Grenze nicht überschritten. In-sofern zeige sich, dass der Aufwand für das Personal nicht ausufere sondern reduziert werde.

Ratsmitglied Frank stimmt Ratsmitglied Klipper zu, dass sich der Haushalt auf problematischem Unterbau bewege. Hierbei dürfe aber nicht außer Acht ge-lassen werden, dass die Einflussmöglichkeiten einer Kommune äußerst be-grenzt seien und viele externe Effekte eine Rolle spielten. Dies beinhalte nicht nur die wirtschaftliche Lage der Bundesrepublik, sondern auch andere Fakto-ren aus Bund und Land. Daher halte er eine Konsolidierung aus eigener Kraft für vollkommen illusorisch. Bezüglich der Vorschläge durch die CDU-Fraktion lägen bereits einzelne Stellungnahmen der Verwaltung vor. Die Bewertungen hierzu hätten neben positiven Ergebnissen aber auch ergeben, dass diese teilweise nicht praktikabel seien.

Ratsmitglied Möring begrüßt diese Relativierung. Die Berechnungen der Verwaltung zur Höhe des Personalaufwandes basierten auf einem Haushaltsplanentwurf, welcher eine Entnahme aus der Rücklage mit mehr als 300 Mio. Euro vorsehe. Insofern könne er die Mitteilung des Stadtdirektors weder als Erfolg noch als vorteilhafte Absenkung ansehen, da auch ein Personalkostenanteil von rd. 25 Prozent in die Rücklagenentnahme eingerechnet werde. Rechnerisch handele es sich um einen nicht eingesparten Betrag von etwa 750.000 €.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor nunmehr in das Abstimmungsverfahren über die Haushaltssatzung und den Haushaltsplan einzutreten und erinnert daran, dass zu dem Beschlussvorschlag der Verwaltung weitere Änderungsanträge vorliegen. Hinzu komme die unter Tagesordnungspunkt 8.1.1. aufgeführte Mitteilung, welche nicht der Beschlussfassung unterliege.

Ratsmitglied Frank bittet, die erwähnte Mitteilung zu 8.1.1 in der nächsten Sitzung des Finanzausschusses erneut auf die Tagesordnung zu nehmen, da sie den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vorgelegt wurde und noch nicht ausgewertet werden konnte.

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, die Mitteilung zunächst zur Kenntnis zu nehmen und eventuelle Rückfragen in der kommenden Sitzung vorzunehmen.

Daraufhin nimmt der Finanzausschuss die Mitteilung zur Kenntnis.

Stadtkämmerin Klug weist darauf hin, dass sich in der Vorlage der Verwaltung auf Seite 2 ein Vorzeichenfehler eingeschlichen hat, der aber nicht in die Berechnung eingegangen sei. Auf Seite 2 unter III in der Spalte für das Haushaltsjahr 2016 müsse es unter Veränderungen minus 19,5 Mio. € heißen.

Zunächst lässt der Ausschussvorsitzende über den gemeinsamen Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014 abstimmen.

Beschlüsse:

- I. **Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Köln für die Haushaltsjahre 2013/2014“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln zugestimmt.

II. Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2013/2014, hier Kulturförderabgabe

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Haushaltsjahr 2013/2014, hier Kulturförderabgabe.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln zugestimmt.

III. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE betr. Veränderungsnachweis der Fraktion DIE LINKE zum Haushaltsplanentwurf 2013/14

Beschluss:

Der Finanzausschuss lehnt den Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

IV. Beschluss über den Änderungsantrag der Freien Wähler Köln betr. Änderungsantrag zum TOP 8

Beschluss:

Der Finanzausschuss lehnt den Änderungsantrag der Freien Wähler Köln ab.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Gesamtabstimmung:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Der Finanzausschuss empfiehlt dem Rat den Beschluss der Haushaltssatzung 2013/2014 gem. dem durch die Veränderungsnachweise 1 und 2 fortgeschriebenen Entwurf der Verwaltung unter Berücksichtigung der vom Finanzausschuss befürworteten Änderungen.

Darüber hinaus empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat die Annahme folgenden Beschlussvorschlages:

„Unterjährig auftretende Verbesserungen dürfen grundsätzlich nicht zur Finanzierung neuer Daueraufgaben eingesetzt werden. Sie sind – sofern sie nicht zur Deckung von Mehraufwendungen bzw. Mehrauszahlungen nach § 82 GO dienen – zur Reduzierung der Inanspruchnahme der allgemeinen Rücklage, zum Schuldenabbau oder zur Substanzerhaltung zu verwenden.

Ausfallende Bundes- und/oder Landesmittel werden in Anbetracht der Haushaltssituation grundsätzlich nicht durch die Bereitstellung von städt. Mitteln ausgeglichen, da sich hierdurch die Sanierungsbedarfe für den Haushalt erhöhen würden.“

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und pro Köln zugestimmt.

Zum Abschluss des Tagesordnungspunktes bittet Frau Stadtkämmerin Klug noch über die weiteren Beschlussvorschläge der Verwaltung für die Hpl.-Beratungen abzustimmen.

Ratsmitglied Uckermann beantragt, diese begleitenden Ergänzungsbeschlüsse in den Rat zu verweisen.

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass die Zuständigkeit für diese

Beschlussfassung dem Finanzausschuss obliegt.

Beschluss:

Der Finanzausschuss **lehnt** den Verweisungsantrag von Ratsmitglied Uckermann **ab**.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Beschluss über die Verwaltungsvorlage:

Der Finanzausschuss fasst nachfolgend zum Haushalt 2013/2014 die folgenden Beschlüsse:

- **Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen**

Der Finanzausschuss **lehnt** die im Rahmen des Anhörungsverfahrens gem. § 37 Abs. 4 GO NRW vorgebrachten Änderungsvorschläge der Bezirksvertretungen, soweit sie nicht in die Veränderungsnachweise übernommen wurden, unter Berücksichtigung der im Finanzausschuss beschlossenen Änderungen **ab**.

- **Formale Änderungen**

Der Finanzausschuss ermächtigt die Verwaltung, die beschlossenen Änderungen der Fraktionen zum Hpl.-Entwurf 2013/2014 in formaler Hinsicht zu korrigieren, sofern dies aus haushaltsrechtlichen Gründen erforderlich sein sollte (z.B. Teilplanzuordnung, falsche Teilplanzeile)

- **Freigabeverfahren**

Der Finanzausschuss ist damit einverstanden, dass die „Zuständigkeitsregelung bei Freigaben von investiven Auszahlungen“ für 2013/2014 unter Einbeziehung der nach-stehenden Anpassung weiter gilt (s. Anlage)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimme der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Der Text der Zuständigkeitsregelung ist der Niederschrift als Anlage beigefügt.

(vgl. Anlage 1.)

9 Stellenpläne

**9.1 Stellenplan für die Jahre 2013/2014
0884/2013**

**9.1.1 Gemeinsamer Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion
Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Stadt Köln für die Jahre
2013/2014
AN/0491/2013**

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass hierzu ein Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen vorliegt. Da keine Aussprache gewünscht wird, lässt er zunächst über diesen Antrag abstimmen.

Beschlüsse:

- I. Beschluss über den gemeinsamen Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen betr. Stellenplan der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014**

Beschluss:

Der Finanzausschuss beschließt den Stellenplan 2013/2014 in der vorliegenden Fassung als Anlage zum Haushaltsplan 2013/2014 mit folgenden Ergänzungen bzw. Änderungen:

02	0301	50 Schulsekretäre/-sekretärinnen	Der Rat erwartet eine Mitteilung im Fachausschuss und AVR über die Zuweiskriterien an den Schulen.
12	0104	35,5 IT-Bedarf	Freigabe auf Basis einer Verwaltungsvorlage mit Darstellung der einzelnen IT-Projekte im nächsten AVR.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

II. Gesamtabstimmung in der Fassung des Änderungsantrages:

1. Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013 / 2014 in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung zu.

Auf der Grundlage bestehender Ratsbeschlüsse bzw. gesetzlicher Vorgaben ergeben sich für 2013 / 2014 im Saldo rd. 66 Mehrstellen.

Für 2013 / 2014 sind 185,22 Stellen zusätzlich erforderlich.

Hiervon entfallen

55,14 (= rd. 30 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben,

10,00 (= rd. 5 %) Stellen auf die Wahrnehmung von Pflichtaufgaben zur Erfüllung nach Weisung und

120,08 (= rd. 65%) Stellen auf die Wahrnehmung freiwilliger Aufgaben.

Demgegenüber werden 119,62 Stellen abgesetzt. Darin sind die bis dato noch nicht umgesetzten Ergebnisse der „Task-Force“ in einem Umfang von 10,50 Stellen enthalten.

Die Finanzierung der ausgewiesenen Mehrbedarfe ist gesichert.

Die Mehrstellen unterliegen den vom Rat zur Haushaltsumsetzung beschlossenen Restriktionen einschließlich einer stringenten aufgabenbezogenen Bewirtschaftung analog dem bei den vorhandenen Stellen praktizierten Verfahren.

2. Der Beschluss wird wie folgt ergänzt:

02	0301	50 Schulsekretäre/-sekretärinnen	Der Rat erwartet eine Mitteilung im Fachausschuss und AVR über die Zuweisungskriterien an den Schulen.
12	0104	35,5 IT-Bedarf	Freigabe auf Basis einer Verwaltungsvorlage mit Darstellung der einzelnen IT-Projekte im nächsten AVR.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP zugestimmt.

**9.2 Stellenplan der Bühnen der Stadt Köln für die Kalenderjahre 2013/2014
0537/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013/2014 der Bühnen der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion einstimmig zugestimmt.

**9.3 Stellenplan des Gürzenich-Orchesters Köln für die Kalenderjahre
2013/2014
0539/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan des Gürzenich-Orchesters für die Kalenderjahre 2013/2014 zu. Im Vergleich mit dem Stellenplan des Jahres 2012 erfolgen keine Veränderungen im Hinblick auf Mehr-/Wenigerstellen, Hebungen etc.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.4 Stellenplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der
Stadt Köln für die Jahre 2013 und 2014
0910/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem Stellenplan 2013/14 des Wallraf-Richartz--Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln zu.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

**9.5 Stellenübersicht und Stellenplan der Beamtinnen und Beamten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln für die Jahre 2013/2014
0561/2013**

Ratsmitglied Frank bittet die Vorlage ohne Votum in den Rat zu verweisen.

Beschluss:

Ohne Votum in den Rat verwiesen

10 Mündliche Anfragen

Ratsmitglied Uckermann fragt an, ob der Landschaftsverband Rheinland ebenfalls einen Doppelhaushalt beschlossen habe und wie die Umlage im Haushalt der Stadt Köln veranschlagt werde. Zudem stehe eine Rückerstattung des Landschaftsverbandes zu Aufwendungen der Stadt Köln an. Hier interessiere ihn, welche finanziellen Auswirkungen dies für die Stadt habe.

Frau Beigeordnete Reker sagt eine Stellungnahme zu.

Der Ausschussvorsitzende schließt die Sitzung.

.....
Börschel
Ausschussvorsitzender

.....
van Husen-Arandela
Schriftführerin

Anlage 1.

ZUSTÄNDIGKEITSREGELUNG BEI FREIGABEN VON INVESTIVEN AUSZÄHLUNGEN

gemäß Beschluss des Finanzausschusses vom 12.04.2013

1. Die investiven Auszahlungen aus den Teilfinanzplänen bedürfen der besonderen Freigabe durch den Finanzausschuss bzw. die Stadtkämmerin.
2. **Zuständigkeit des Finanzausschusses:**
 - 2.1 bei ersten Freigaben für neue Einzelmaßnahmen (= Einzelveranschlagungen) mit Gesamtkosten über **300.000** (250.000) Euro nach Vorberatung im zuständigen Fachausschuss bzw. in der zuständigen Bezirksvertretung,
 - 2.2 bei ersten Freigaben für neue Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten über **300.000** (100.000) Euro im Rahmen pauschalierter Auszahlungsansätze nach Zustimmung des zuständigen Fachausschusses bzw. der zuständigen Bezirksvertretung zur sachlichen Verwendung der Mittel.
3. **Zuständigkeit der Stadtkämmerin:**
 - 3.1 bei neuen Einzelmaßnahmen (= Einzelveranschlagungen) mit Gesamtkosten bis einschl. **300.000** (250.000) Euro,
 - 3.2 bei ersten Freigaben für neue Einzelmaßnahmen mit Gesamtkosten bis einschl. **300.000** (100.000) Euro im Rahmen pauschalierter Auszahlungsansätze.
Auf Anforderung des zuständigen Fachausschusses ist die Freigabe von dessen Zustimmung zur sachlichen Verwendung der Mittel abhängig,
 - 3.3 bei Fortführungsmaßnahmen,
 - 3.4 bei folgenden als Fortführungsmaßnahmen geltenden Auszahlungen und Programmen:
 - Rückzahlung von Zuweisungen und Zuschüssen
 - Verwendung von Zuschüssen und Versicherungsleistungen
 - Sondervermögen Stiftungen
 - Grunderwerb (einschl. Umlegung)
 - Erschließungsmaßnahmen im Bereich des Straßenbaus im Rahmen des vom Verkehrsausschuss beschlossenen Jahresprogramms
 - Straßenbeleuchtung
 - Beschäftigungsförderungsmaßnahmen im Rahmen des 2. Arbeitsmarktes innerhalb der pauschalierten Veranschlagung.
Die Fachausschüsse werden in Form von Mitteilungen über die Realisierung der Einzelmaßnahmen unterrichtet.
 - Weiterleitung von Landesmitteln nach dem Strukturhilfegesetz
 - Kapitalzuführung an die Gebäudewirtschaft

- städt. Investitionskostenzuschüsse zu Kreuzungsmaßnahmen Dritter gem. Eisenbahnkreuzungsgesetz, Bundesfernstraßengesetz, Straßen- und Wegegesetz NRW
- Zahlungen an die StEB für Maßnahmen der Straßenentwässerung im Rahmen des vom Rat beschlossenen Abwasserbeseitigungskonzeptes
- Zahlungen für den Bau von Sinkkästen, Regenwasserkanälen, Regenwasserpumpwerken und Sickergruben im Zusammenhang mit Kanalerneuerungsmaßnahmen der StEB bzw. im Rahmen der Erfüllung der Verkehrssicherungspflicht
- Nachlassabwicklung.